Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 7

Artikel: Ungarn von Säuberung zu Säuberung : der krisenreichste Satellit

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076747

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ungarn von Säuberung zu Säuberung

Der krisenreichste Satellit

Ungarn wurde von der Sowjetarmee am 4. 4. 1945 (Tag der Befreiung) vollständig besetzt, ausgeraubt und zu Grunde gerichtet. Den Weg der Sowjetarmee zeigten in Wälder und Sümpfe geflüchtete und sich in Brunnen versteckende Menschen, im Estrich versteckte Frauen, die Leichen der beim Schutz ihrer Frauen und Töchter getöteten Männer, ausgeraubte Dörfer, demontierte Fabriken.

Politische Geschichte

Dezember 1944: Konstituierung der provisorischen Regierung aus den Vertretern der Koalitionsparteien: Kleinlandwirtepartei (bürgerliche Rechtspartei), nationale Bauernpartei (bürgerliche Linkspartei), sozialdemokratische Partei und KP. Januar 1945: Waffenstillstandspakt, Legalisierung der sowjetischen Besetzung, Errichtung einer interalliierten Kontrollkommission unter dem Vorsitz von Marschall Woroschilow (1946: Generalleutnant Swiridow). Erste Parlamentswahlen unter russischer Besetzung brachten eine vernichtende Niederlage für die Kommunisten: Kleinlandwirte: 245, Kommunisten: 70, Sozialdemokraten: 69, Nationale Bauernpartei: 23, Bürgerlich-Demokratische Partei: 2 Mandate.

Staatsoberhaupt (Z. Tildy), Ministerpräsident (F. Nagy) waren. Kleinlandwirte, der Innenminister (L. Rajk), der Chef der politischen Polizei (Gàbor Péter) waren Kommunisten, welche auch die wirtschaftlichen Schlüsselpositionen mit sowjetischer Hilfe übernahmen.

Die Kommunisten fingen mit Woroschilows aktiver Unterstützung den Kampf gegen die Kleinlandwirte an: 13. März 1946: Errichtung des «linken Blocks» im Parlament und in der Regierung (Kommunisten, Sozialdemokraten, Bauernpartei). Im April begann die KP mit sowjetischer Hilfe ihre «Salamitaktik»: die sich undemokratisch, d. h. antisowjetisch benehmenden Kleinlandwirtepolitiker wurden stufenweise ausgestossen (die ersten 16 Abgeordneten am 18. April 1946), oder ohne Rücksicht auf die parlamentarische Immunität verhaftet (zuerst F. Vidovics, Dezember 1946, nachher die erste Gruppe von 7 Abgeordneten am 20. Januar 1947), oder nach Russland deportiert (z. B. der Obersekretär der Partei, Béla Kovàcs: März 1947), oder schliesslich einfach hingerichtet (Bàlint Arany 1946 usw.). Die kommunistische politische Polizei, bzw. die Sowjetbotschaft in Budapest, «entdeckte» die Verschwörung des Ministerpräsidenten gegen sein eigenes Regime, weshalb dieser, um das Schicksal von Kovàcs zu vermeiden, flüchten musste. (Mai 1947.)

Zu gleicher Zeit ging es gegen die übrigen antikommunistischen Politiker, welche seinerzeit an der Widerstandsbewegung gegen das nationalsozialistische Regime beteiligt waren, los: Sie wurden teilweise als Mitglieder der sogenannten «Ungarischen Gemeinschaft» verhaftet, eine grosse Anzahl von ihnen hingerichtet, einige in die Sowjetunion deportiert (Ivàn Lajos, Géza Pàlffy, George Pallavicini, Kàlmàn Kéry usw.).

Generalleutnant Swiridow (UdSSR) forderte schon am 4. Juli 1946 strenge Massnahmen gegen die katholische Kirche, der kommunistische Innenminister Rajk löste am 24. Juli 1946 1000 Gesellschaftsorganisationen als «antidemokratisch» auf, unter ihnen die kirchlichen Jugendorganisationen und die Pfadfinder-Organisation. Parallel mit den gewöhnlichen Strafgerichten wurden die «Volksgerichte» als erste Sondergerichte eingeführt, welche gegen «staatsfeindliche Elemente» und «Klassenfeinde» vorgingen und in ihren Verfahren das bestehende Recht nicht berücksichtigten. Sie wurden durch Regierungsverordnung (gesetzwidrig) ins Leben gerufen, und als sie im September 1945 durch den Reichstag bestätigt wurden, hatten sie schon viele Hunderte hinrichten lassen.

In dieser Lage kam es zu den zweiten Wahlen, wo die Kommunisten den vielleicht grössten Wahlbetrug des 20. Jahrhunderts begingen: Laut Wahlgesetz waren auch Personen zur Stimmabgabe befähigt, die sich am Wahltag nicht an ihrem Wohnort befanden, sofern sie ihre Stimmberechtigung mit einem polizeilich ausgefertigten «blauen Zettel» nachwiesen. Das Innenministerium von Rajk liess nun zirka 400 000 bis 500 000 blaue Zettel unter kommunistische Jugendliche verteilen und ihnen Polizei-LKWs zur Verfügung stellen. 8000 bis 10 000 Kommunisten fuhren von Ortschaft zu Ortschaft und gaben ihre falschen Stimmen ab. Trotzdem war das Wahlergebnis folgendes: KP 22 Prozent, Sozialdemokraten: 14,6 Prozent, bürgerliche Parteien: 63,40 Prozent. Mit sowjetischer Hilfe wurde aber die Unabhängige Partei (bürgerliche) als «faschistisch» aufgelöst (November 1947), die katholische Volkspartei löste sich selbst auf (1948), von den Kleinlandwirten und Sozialdemokraten wurden zahlreiche Mitglieder ausgeschlossen, bzw. verurteilt oder zu Tode gefoltert (Sozialdemokraten: Istvàn Riess, der Justizminister, der Majordomus des Parlaments nach September 1947: Ferenc Szeder usw.), der Schwiegersohn des Staatspräsidenten, Viktor Chornoky, wurde hingerichtet, der Staatspräsident selbst musste abdanken (23. Juli 1948).

12. bis 15. Juni 1948: Vereinigung der KP und der SDP in einer kommunistischen Partei: Partei der Ungarischen Wertätigen (MDP), die darnach gesäubert wurde (1948 bis 1950). Verfolgung der Kirche: Absetzung der Führung der reformierten Kirche (Frühling 1948), Verhaftung des Vorstandes der lutherischen Kirche (September 1948), Verhaftung von Kardinal Mindszenty und seiner Anhänger (Ende Dezember 1948). — Wahlen auf Grund der Einheitsliste nach Auflösung aller nichtkommunistischen Parteien: 15. Mai 1949. Die Volkserhebung im Oktober/November 1956 versuchte, das Mehrheitssystem wieder herzustellen, nach der blutigen Niederwerfung durch die Sowjets wurde aber die kommunistische Alleinherrschaft wieder gefestigt.

Wirtschaftliche Entwicklung

Bodenreform durch die Verordnung des Ministerrates vom 15. März 1945: die Grundbesitzer mit über 1000 Joch Boden (1 Joch = 0,57 ha) verloren alles, die übrigen durften 100 Joch behalten. Als das Gesetz 6/1945 die Verordnung bestätigte, war sie schon vollzogen (bis 1. Mai 1945, d. h. in 6 Wochen, obwohl es zur Verteilung von 6 Millionen Joch Boden kam. Gesamtfläche Ungarns: 16 Millionen Joch). Das Gesetz vom 6. November 1945: Uebernahme der Kohlengruben in staatliche Verwaltung, Gesetz 13/1946: Verstaatlichung der ganzen Kohlenindustrie, Gesetz 20/1946: der Kraftwerke, der Metall- und Maschinenindustrie. Verordnung des Ministerrates vom 28. November 1946: Nationalisierung der Schwerindustrie, Gesetz 30/1947: der Banken. Weitere Gesetze und Verordnungen verstaatlichten die Mittel- und nachher die Kleinbetriebe (Gesetz vom 10. Mai 1948, bzw. Gesetzesverordnung vom 28. Dezember 1949.) Gesetzesverordnung 25/1950 (28. Juni 1950): Nationalisierung der Apotheken, Nr. 4/1952 (17. Februar 1952): der Einfamilienhäuser. Die Unterlassung der Anmeldung eines zu verstaatlichenden Objektes wurde mit Freiheitsentziehung bis zu 3 Jahren geahndet (Paragraph 15, Gesetzesverordnung 4/1952) und Nichtübergabe eines zu verstaatlichenden Objektes (z. B. eines Möbelstückes im verstaatlichten Haus, oder eines Ringes im verstaatlichten Geschäft usw.) wurde als Diebstahl am sozialistischen Eigentum betrachtet (Strafmass: bis Todesstrafe, Paragraph 5, Gesetzesverordnung 24/1950). Die Verstaatlichung des privaten Handels und Gewerbes wurde mit derjenigen des ganzen Hotel- und Gastgewerbes angefangen.

Der so enteignete Klassenfeind wurde im Juni/Juli 1951 unter den grausamsten Bedingungen nach Ostungarn deportiert.

1948 begann man mit der Kollektivierung der Landwirtschaft und mit der Planwirtschaft (Dreijahresplan), deren Hauptziel die Industrialisierung (Aufbau der Schwerindustrie) war.

Sowjetisierung und Verfassung

Verfassung: Gesetz 20/1949 vom 18. August 1949, Gesetz 1/1950: Aufhebung der bisherigen Staatsverwaltung mit den lokalen Autonomien und Einführung des Sowjetsystems (Rätesystem), Gesetz 2/1952 über die Staatskontrolle (Paragraph 5 erklärte die Denunzierung als «Ehrenpflicht jedes Bürgers», zu diesem Zweck wurde das Amt für Anzeigen errichtet), Gesetz 1/1951 über die Errichtung des Staatsamtes für kirchliche Angelegenheiten zur Kontrolle der Kirchen. *Justizwesen,* Gesetz 11/1949 über die Einführung der Volksbeisitzer für die Kontrolle der Berufsrichter, 1951 bis 1953 wurde das sowjetische Gerichtssystem und Staatsanwaltssystem mit dem allgemeinen Teil des neuen Strafgesetzbuches (1950) eingeführt. Die Gerichtsbarkeit der politischen Polizei (AVO) wurde 1953 aufgehoben.

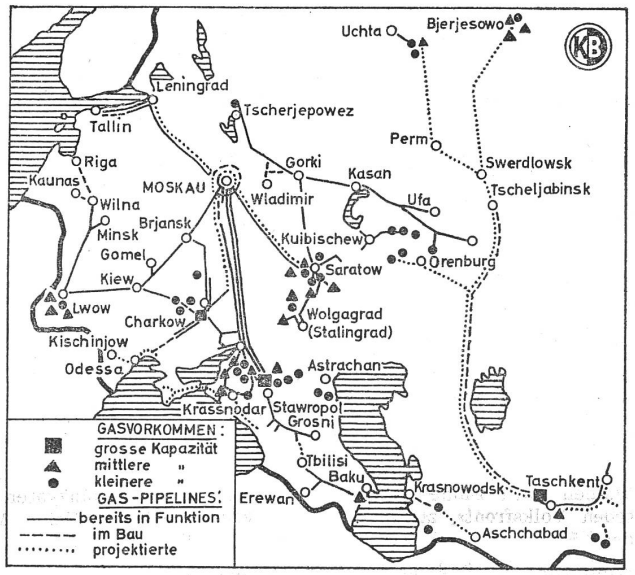
Laut Verfassungsartikel 56, Absatz 2, ist die Partei «die leitende Kraft der staatlichen und gesellschaftlichen Tätigkeit». Sie hatte im Januar 1945 nur 10 000 Mitglieder, trotzdem erhob sie aber Anspruch auf die Führung des ganzen Landes — nach Sowjetmuster. Nachdem ihr ein bedeutender Teil der ehemaligen Nazis (Zufluchtsort der Nazis) und anderer, in ihrer Existenz gefährdeten Elemente usw. beitraten, hatte sie im Oktober 1946 653 000, nach Vereinigung mit Sozialdemokraten 1,15 Millionen Mitglieder. Nach der «Säuberung» (1948 bis 1950) bis 1956 noch 900 000, gegenwärtig 480 000 Mitglieder. Sie

erlebte schwere innere Krisen, häufiger als die übrigen KPs: der «nationale Flügel» der Partei (unter dem Innenminister Rajk) versuchte, das Land von der Sowjetunion zu entfernen. Er und seine Anhänger wurden 1948 verhaftet, 1949 physisch vernichtet. 1953, nach dem Krach des 1. Fünfjahresplanes (1951 bis 1955) kam die zweite Krise: Imre Nagy kam an die Spitze der Regierung. Die dritte Krise wurde im März 1955 durch Ràkosi hervorgerufen, der Nagy stürzte und ihn in Hausarrest setzte. Die vierte Krise begann im Mai 1956 und führte am 23. Oktober zur Volkserhebung. Am 30. Oktober 1956 wurde die Partei aufgelöst und unter dem Namen «Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei» erneut errichtet.

Wirtschaft

UdSSR

Das Erdgasnetz in verstärktem Ausbau



Während die «sowjetische Erdöloffensive» als Begriff und politische Realität Weltbedeutung erlangt hat, ist die gerade in der UdSSR hochwichtige Energiequelle Erdgas relativ unbekannt. Das hat seinen Grund darin, dass dieser Roh- und Brennstoff von zweitklassiger Qualität (im Verhältnis zum Oel) vornehmlich binnenwirtschaftliche Bedeutung hat, wogegen das sowjetische Erdöl nicht nur den gesamten Comecon-Raum beherrscht, sondern auch eine Hauptrolle im Wirtschaftsdruck auf den freien Märkten spielt. Immerhin ist auch in dieser Beziehung die Wichtigkeit des Erdgases nicht zu unterschätzen:

Je stärker sich die einheimische Energieversorgung auf Erdgas (und Elektrizität) stützen kann, desto mehr Oel kann dem machtpolitisch bedingten Export zugewiesen werden.

Freilich wäre es verfehlt, im Erdgas nur einen Ersatz zu sehen, der den Erdöl- oder Elektrizitätshaushalt entlasten müsste. Vielmehr hat es wirtschaftlich unbestrittene Vorteile. Einmal ist es das billigste Heizmaterial, das vielen industriellen Ansprüchen genügen kann, obwohl es nicht allzu hochwertig ist. Sodann ist es aber auch wichtiger Rohstoff für die chemische Industrie und dient als Grundlage zur Erzeugung von synthetischen Stoffen aller Art, zur Herstellung von Spiritus, Azetylen und andern chemischen Grundstoffen. Es ist deshalb auch vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus nicht verwunderlich, dass die sowjetische Planung diesem Wirtschaftszweig eine ähnliche Vorrangstellung einräumt wie der Elektrifizierung oder der Erdölgewinnung. Laut dem perspektivischen Zwanzigjahresplan, der letzten Herbst vom Parteikongress angenommen wurde, soll die Erdgasförderung bis 1980 auf das Fünfzehnfache erhöht werden. In dieser Zeitspanne würden 870 Erdgasvorkommen neu ausgebeutet.

Hand in Hand damit ist der Ausbau der Erdgasleitungen vorgesehen, über den unsere Karte Auskunft gibt. Die 23 000 km Gesamtlänge der bestehenden Erdgas-Pipelines in der UdSSR stellen demnach nur den ersten Teil des zukünftigen Netzes dar.

Für dieses Jahr 1962 gilt die besondere Anstrengung der Leitung, welche von Buchara (südwestlich von Taschkent in Usbekistan) bis Tscheljabinsk (Ural) führt. Man rechnet innerhalb Jahresfrist mit einer Transportkapazität von mehr als einer Milliarde Kubikmetern.

Wie weit die Teilpläne und der Perspektivplan als solcher erfüllt werden können, wird, wie beim Erdöl, zum Teil davon abhängen, ob das benötigte Rohmaterial beschafft werden kann. Die sowjetische Produktion ist auf diesem Gebiet im Rückstand, so dass westliche Lieferungen die Lücke stopfen müssen.

Bis 1965 (Ende des Siebenjahresplanes) will die Sowjetunion ihre Kapazität in der Erdölförderung von 150 auf 240 Millionen Tonnen steigern. Um der Verstimmung in den Staaten des Vordern Orients entgegenzuwirken, versichert allerdings die Moskauer Wirtschaftszeitschrift «Ekonomitscheskaja Gasjeta» (22. Januar), der grösste Teil werde in der Sowjetunion selbst verbraucht werden. In den letzten Jahren hat die UdSSR (wie auch die CSSR und Rumänien) in den Entwicklungsländern grosse Erdölraffinerien gebaut, in denen nur das sowjetische Erdöl mit seinem grösseren Schwefelgehalt raffiniert werden kann. Einige Werke dieser «selbstlosen Hilfe» liegen gerade in den arabischen Ländern.

Die Abhängigkeit der einmal auf sowjetisches Rohöl eingerichteten Länder auf den weiteren Rohstoffnachschub ist offensichtlich.

Literatur

Rumänien

Nicht genehmigt

Dem Verlangen des rumänischen Volkes nach besserer und freierer Literatur (siehe KB Nr. 5, «Arbeiter wollen mehr Klassik») wird nicht stattgegeben. Parteichef Gheorghiu-Dej (siehe Curriculum) blieb unmissverständlich bei der stalinistischen Forderung des «sozialistischen Realismus und wies alle andern Ansprüche zurück.

Seine Stellungnahme erfolgte auf dem Jahreskongress der rumänischen Schriftsteller in Bukarest, der so sorgfältig durch Volksbefragungen vorbereitet worden war. Man hat von ihren Ergebnissen Kenntnis genommen, um sie zu korrigieren.

Der KP-Sekretär wandte sich gegen «unkonstruktive und negative Positionen, die der Entwicklung der rumänischen Literatur nicht förderlich» seien und rief zum Kampf gegen «dekadente» Arbeiten auf. «Unsere Literaturkritik sowie die Veröffentlichung des Schriftstellerverbandes müssen gegen jede Abkehr von der Wirklichkeit, vom pulsierenden täglichen Leben und gegen die sterilen Versuche, eine neue Literatur mit untergeordneten Themen, nur einem begrenzten Kreis von Kennern zugänglich, kämpfen», forderte er.

«Der Kampf muss sich auch gegen den Einfluss der dekadenten Literatur und Lyrik wenden, gegen das sich Verstecken in nebulosen Vorstellungen oder in vergangenen Zeiten, das oft in Gedichten zum Ausdruck gebracht wird.»

Nach dieser Verurteilung westlicher Neigungen und Tendenzen führte Gheorghiu-Dej aus, was er von den Schriftstellern bei der Entwicklung des «sozialistischen Bewusstseins», der Schaffung eines «neuen Menschen» und der Verbreitung der «sozialistischen Moral» erwarte.

Der Parteichef wies auf die Bedeutung der «Prinzipien des sozialistischen Realismus» hin und sagte, das Kriterium des Werts jeder schriftstellerischen Arbeit müsse sein Inhalt und seine Klarheit sein. Die Kunst habe militant zu sein.

Nach diesen neo-stalinistischen Ausführungen, beinhaltete die Antwort des Ersten Sekretärs des Schriftstellerverbandes, Mihai Beniuc, natürlich die Verehrung des Individuums. Er sagte, er habe nicht einmal im Traum mit der Möglichkeit gerechnet, Gheorghiu-Dej könnte persönlich auf dieser Konferenz erscheinen, um der Versammlung im Namen der Partei weise Ratschläge «zur Erleuchtung des Weges unserer Arbeit» zu erteilen.

Er erklärte: «Unserer Dankbarkeit der Partei und Gheorghiu-Dej gegenüber können wir nur in unseren Büchern Ausdruck verleihen.»

Weniger angenehme Dinge hatte er über einige Mitglieder des Schriftstellerverbandes zu sagen. So kritisierte er besonders die unpolitischen Tendenzen und den Mangel an ausreichender Unterstützung der Parteiprinzipien.

Zwei bekannte Schriftsteller, Zaharia Stancu und Aurel Baranga, seine Stellvertreter im Sekretariat des Schriftstellerverbandes, griff er besonders an. Beide gingen auf der Konferenz ihrer Aemter verlustig und schieden auch aus dem Exekutivbüro des Schriftstellerverbandes aus,